

tunglos. Denn die noch selbständigen Länder wären in allen Fragen im Reichsrat, sofern dieser nicht überhaupt verschoben würde, eine hoffnungslose Minorität. Das Reichsland Preußen würde diktieren. Die aus der Wismarckverfassung in die Weimarer Verfassung übertragene Artikel, daß Preußen nicht mehr als zwei Fünftel der Reichsratsstimmen haben dürfte, wären ja dann bestimmt nicht mehr zu halten. Von süddeutscher Seite hat man in drastischer Weise darauf hingewiesen, daß in einem zu vier Fünfteln unitarisierten Reich die Reservatrechte nach konsequenter Durchführung der Beschlüsse der Länderkonferenz kaum viel mehr als die Bedeutung der Rechte einer amerikanischen Indianerreservation haben würden.

Auch für Sachsen kann eine solche Entwicklung zum Unitarismus trotz gewisser Hemmnissen nicht gleichgültig sein. Wenn die noch einigermaßen selbständigen Länder keine Möglichkeit mehr haben, ihre berechtigten wirtschaftlichen und politischen Forderungen vor einem Forum geltend zu machen, das kein Übergewicht eines Landes kennt, wie es bisher im Reichsrat der Fall war, dann müssen daraus schwere Nachteile erwachsen. Schon jetzt ist Sachsens Fertigungswirtschaft durch die Verwirklichung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums durch Verfall des und durch die unitarischen Tendenzen der Reichsregierung mit den schweren Benachteiligungen hinsichtlich der Reichsaufträge schwer geschädigt. Der Ausbau begegnet immer größerer Schwierigkeiten durch die wachsenden Zollmauern in allen europäischen und außereuropäischen Ländern. Sachsen muß also eine Möglichkeit haben, auch in Zukunft härtesten Einflusses auf alle Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands auszuüben, um wenigstens einen kleinen Ausgleich für die Schädigungen zu erhalten, die ihm aus dem Strukturwandel Mitteleuropas erwachsen sind. In einem unitarischen Reich würden aber die rechtlichen Länder bald völlig an die Wand gedrückt werden. Man würde von dem unitarischen Teil des Reiches aus die finanzielle und politische Ausdehnung in einem ganz anderen Tempo betreiben als bisher. Das scheint man sowohl in Süddeutschland als auch in den bedrohten Kleinstaat des Nordens erkannt zu haben. Man weiß, daß die Sonderrechte des neuen Weimarer Reiches nicht weiter als eine Vertiefung sind, sich ruhig zu verhalten, wenn die kleineren Länder von dem Reichsland Preußen gewaltsam geschluckt werden. Die ganze zentralistische Entwicklung

der letzten zehn Jahre hat aber augenfällig gelehrt, daß den Unitariern der Appetit mit dem Essen kommt. Nichts wäre leichter, als einen Sieg, den man an vier Fünfteln über den bundesstaatlichen Gedanken davongetragen hat, vollständig zu gestalten. Die Zentralisierung unserer Kreditwesen und des Wirtschaftslebens in Berlin, wie sie namentlich durch die letzte Notverordnung wieder bedeutliche Fortschritte gemacht hat, ließe sich weiter beschleunigen. Einzuwären, daß deutsche Kulturzentren, wie Dresden, München, Stuttgart, immer mehr ihrer Lebensbedingungen beraubt und zu Provinzhäusern ohne eigenes Gepräge herabgesunken würden, wie wir das im zentralisierten Frankreich beobachten können, wo es außer Paris keine Stadt mit Charakteristischem Eigenleben gibt.

Und die Behauptung der Unitarier, daß diesen wohl nicht zu leugnenden Nachteilen der große Vorteil des billigen verwalteten Einheitsstaates gegenüberstehe, ist ja längst als unrichtig erwiesen. Die Zentralisierung hat nicht nur wirtschaftliche und kulturelle Werte vernichtet, sie hat auch zu einer Auslösung und Zersplitterung des Verwaltungsapparates geführt, die an Stelle der Vereinfachung und Verbildung nur neue Lasten gebracht hat. Es hat sich ja unterdessen gezeigt, daß gerade diejenigen Staaten, die nach Wehlers Vorschlägen in einem Großpreußen aufgehen sollten, weitaus billiger und sparsamer verwaltet werden als Preußen, das viel größeren finanziellen Schwierigkeiten gegenübersteht, als die angeblich „lebensunfähigen“ Kleinstaat. Trotzdem hat noch kein Unitarier von dem lebensunfähigen Preußen gesprochen, obwohl dieses es nicht verstanden hat, vom Reich durch seine Selbstbestimmung Sonderanwendungen zu erhalten, die die anderen Länder nicht erhalten haben.

Unter solchen Umständen ist kaum zu befürchten, daß Wehlers Pläne Aussicht auf Verwirklichung haben. Gerade die norddeutschen Kleinstaat haben einen viel zu großen Willen zur Selbständigkeit gezeigt. Sie wollen das bleiben, als was sie Wismarck einmal bezeichnet hat: „Der Wirtel zwischen den Quadern des Reiches“. In den kommenden schweren Monaten, in denen eine einheitliche Kraftankrengung notwendig sein wird, werden deshalb auch die äußerlich gemäßigten Reformvorschlüsse Wehlers als ein gefährliches Experiment Ablehnung im Interesse der Kräftigung des Reichsgedankens finden müssen.

### Die Deutschnationalen für das Volksbegehren

Dresden, 5. Nov. Der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei hat heute einmütig beschlossen: Das beantragte Volksbegehren auf Auflösung des Reichstages steht für die Partei, die die Partei und die Landtagsfraktion bisher bei allen Kämpfen auf Aufhebung des Reichstages beizugelassen haben. Der Reichstag in seiner jetzigen Zusammenfassung entspricht nicht mehr dem Willen des deutschen Volkes, das bekommen will von wirtschaftlichem Einfluß. Der Reichstag hat seine vornehmste Aufgabe, eine Regierung zu bilden, nicht gelöst. Die Partei wird deshalb das Volksbegehren unterstützen.

### „Der bundesstaatliche Gedanke“

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei veranfaßte am Donnerstag im Preussischen Landwehr-Divisionskafé einen sehr aufmerksamen Aussprachabend, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des bairischen Justizministers Wärrner stand über „Der bundesstaatliche Gedanke als Aufbaugesamtheit für das kommende Reich“. Der Redner, von lebhaftem Beifall begrüßt, führte aus, daß er seit langem als der alleinige Vorkämpfer des Föderalismus aufgetreten. Dabei denke es aber nicht an eine Auslöschung des Reiches, sondern vielmehr daran, alle in Deutschland vorhandenen Kräfte zu voller Entfaltung zu bringen. Wenn man glaube, der Zentralismus liege im Zuge der Zeit, so sei diese Meinung völlig verfehlt; der bundesstaatliche Gedanke sei vielmehr im Vormarsch begriffen; nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland. Heute behaupte niemand mehr, der Einheitsstaat sei in seiner Verwaltung billiger als der Bundesstaat; das Gegenteil beweisen amtliche Statistiken des Deutschen Reiches, und die vorhandenen Zentralverwaltungen haben sich durchweg als außerordentlich teuer erwiesen. Der liberative Gedanke sei nun nicht nur eine Frage der Verwaltungspolitik, sondern greife tief in die Wurzeln des Staatslebens, verführe die der deutschen Weltanschauung aneignende und ihr eigene Form. Die deutsche Weltanschauung sei zum großen Teil nichts anderes als ein Ringen um das innere Gleichgewicht, das in der Gegenwart weitergebe. Die glückliche Ausbalancierung der miteinander ringenden Kräfte gebe die Gewähr für die größtmögliche deutsche Macht. Wobin der Zentralismus führen könne, zeige die Zusammenstellung von Konsermen und Trübs auf wirtschaftlichem Gebiete mit ihren unerwünschten Folgerungen, die nur zu oft die freie Schaffenskraft erlöste. Von hier aus könne man sehr wohl Parallelen zum Staatswesen ziehen. Je mehr der Zentralismus aufgebliht werde, desto mehr Leben werde verdrängt, desto mehr Welt werde getötet. Staaten seien lebende Organismen. Der Mannigfaltigkeit deutschen Lebens und Schaffens und seinem ausgeprägten Individualismus werde auch für die Zukunft der liberative Gedanke am besten gerecht, und es gelte, alle Kräfte mobil zu machen, um der Gleichgewichtsregel entgegenzutreten.

In der Aussprache wies Syndikus Vogel, der Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion, darauf hin, daß gerade in Sachsen durch einen Zentralismus, der auf die besonderen Verhältnisse unseres dichtbesiedelten Industrielandes mit seinen Klein- und Mittelbetrieben, in denen auch heute noch nicht der Konzern, sondern die Unternehmerinitiative vorherrscht, viel zerstört worden sei. Den Kampf um staatliches Eigenleben habe im Landtag nur die deutschnationale Fraktion geführt; erst seit wenigen Monaten wehre sich Sachsen gegen den Zentralismus. Wenn die deutschnationale Volkspartei jetzt das lächliche Volksbegehren unterbreite, so habe das mit der persönlichen Wertung der Männer des jetzigen Kabinetts nichts zu tun. Es gelte aber, eine Regierung zu schaffen, die der Regierung Weimars anders gegenüberstehe. — Geherrnat v. Koeber, der Vizepräsident des Reichstages, sprach sich für die deutschnationale Partei aus. Er sagte, daß die deutschnationale Partei ein Plaisir bedeute. Schriftsteller Kurausch schloß die Versammlung mit einem breiten Hinweis auf den kommenden Kampf.

## Hestige Angriffe des Kanzlers gegen rechts

### Zweimal Bränning

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. November. Dem Reichskanzler Dr. Brüning ist mit seiner heutigen Rede vor dem Parteiausschuß der Zentrumspartei ein Mißgeschick passiert. In dieser Zentrumsversammlung waren nur zuverlässige Parteimitglieder zugelassen, und man beachtete, dann später in einem Kommuniqué die Rede in einer Form der Öffentlichkeit zu übergeben, wie sie den Wünschen des Reichskanzlers entsprochen hätte. Allerdings hat man nicht damit gerechnet, daß eine große rechtsgerichtete Nachrichtenagentur im Kreise der versammelten Zentrumsleute einen Vertrauensmann hatte, der die Rede des Reichskanzlers, wie sie wirklich gehalten worden ist, der deutschen Öffentlichkeit vermittelte. Auf diese Weise ergab sich das merkwürdige Bild, daß das amtliche Volksbüro den nichtssagenden Text dieser Rede verbreitete, während in der Fassung der Telegrammenunion die Brüningrede so erschien, wie sie frisch von der Feder des Reichskanzlers als Parteimanuscript geschrieben worden ist. Selbstverständlich war die ursprüngliche Rede nur für den Hausgebrauch der Zentrumsleute bestimmt. In der Öffentlichkeit hätte der Reichskanzler niemals so heftige Angriffe gegen die Parteien der Rechten, insbesondere die Volkspartei, geführt. Niemals hätte sich ferner der Reichskanzler, wenn er sich nicht im trauten Parteikreise gefühlt hätte, etwa Dinge ausgesprochen gewagt wie die Behauptung, daß ein Schritt der Deutschen Volkspartei den Verlust von 20 Millionen Mark in Devisen herbeiführen würde. Es ist dies eine Mitteilung, wie sie nur in den schlimmsten Berliner Boulevardblättern seinerzeit dem Publikum auf der Straße vorgelesen worden ist.

Sehr bemerkenswert sind die Äußerungen, mit denen die „Macht und Gabe“, die bekanntlich dem Augenerkrankten angehört, auf die schweren Angriffe des Kanzlers gegen die Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei antwortet. Das Blatt erklärt, Brüning habe schon einmal ähnliche abendmüde Andeutungen in seinen Angriffen gegen die Rechte in seiner letzten Reichstagsrede gemacht. Jetzt könnten ihm aber solche Andeutungen nicht mehr durchschellen werden. Der Reichskanzler müsse öffentlich und in aller Klarheit sagen, was er mit diesen abendmüde Beschwörungen meine:

„Dr. Brüning wird hiermit öffentlich aufgefordert, die Grundlagen für diese Behauptungen bekanntzugeben.“

Auffällig, so erklärt das Blatt, sei an der Brüningrede, daß sich der Reichskanzler nicht mit derselben Tonart mit den Nationalsozialisten auseinandergesetzt habe, wie mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.

Das Echo, das Brünings Äußerungen notwendigerweise hervorrufen mußten, ist bereits jetzt zu vernennen.

### Die Deutsche Volkspartei

wendet sich in ihrem amtlichen Pressedienst in einer Erklärung gegen die Behauptung Dr. Brünings, daß die Partei einen Devisenverlust verursacht hätte. „Der Herr Reichskanzler“, so heißt es in der volksparteilichen Erklärung, „hat im Sommer und später nicht anerkannt, daß die Behauptungen über den Devisenverlust gegenüber der Deutschen Volkspartei

lediglich agitatorischer Natur und sachlich nicht begründet seien. Er hat auch solche Angriffe nicht gebilligt. Das scheint uns so verständlicher, als dem Reichskanzler am besten bekannt war, und was inzwischen jedermann weiß, daß die Devisenabfälle vor dem Reichstag der Volkspartei auf Einberufung des Reichstages im Sommer bereits in steigender Kurve eingeleitet haben und nach dem Verzicht auf Einberufung des Reichstages in stärkerem Umfange fortgesetzt worden sind. Die Ursache für diese Entwicklung war, daß alle Welt wußte, Deutschland müsse und wolle in der Tribüne handeln, aber nicht wußte, wann und wie es handeln wolle. Dazu kam, daß hinter dem ganzen Prozeß des Abwägens der fremden Gelder bekanntlich die mit politischem Ziel eingeleitete Kapitalmacht Frankreichs stand.“

Die Deutsche Volkspartei denkt nicht daran, einer Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler aus dem Wege zu gehen, wenn er sie wünscht. Sie hat ihm gegenüber auch in dem Augenblick des Ueberanges zur oppositionellen Haltung und danach stets eine lokale Haltung eingenommen. Sie würde es bebauern, wenn derartige agitatorische Angriffe es folgt wären, die ihr die Fortsetzung jener Haltung unmöglich machen würden.“

Auch die Deutschnationale Volkspartei beabsichtigt, sich gegen die Angriffe Dr. Brünings zur Wehr zu setzen. Man wird mit einer entsprechenden deutschnationalen Erklärung für den Freitag zu rechnen haben. Darüber hinaus hat das Vorgehen des Reichskanzlers selbst in Zentrumskreisen Verwirrung aus-

gelöst. Die für Dr. Brüning so wenig angenehme Gelegenheit dürfte noch weitere Kreise ziehen, da

namentlich die Deutschnationalen nicht gewillt sind, sich von dem Leiter der Reichspolitik mit kalten Verurteilungen beschimpfen zu lassen.

Dr. Brüning wird so in die peinliche Lage verwickelt werden, daß öffentlich zugeben zu müssen, daß er gegen die Rechte Behauptungen erhoben hat, die jeglicher Grundlage entbehren.

Die umstrittenen Äußerungen in der Rede Brünings besagen folgendes: Bestimmte oppositionelle Gruppen,

vor allem der Aidentische Verband,

glaubten, aus den Schwierigkeiten der Regierung eine große oppositionelle Bewegung schaffen zu können. Es ist das in einer Form geschehen, die in der Unvorsicht über alles hinausgeht, was wir in Deutschland gewohnt sind. Eine öffentliche Auseinandersetzung war mit Rücksicht auf die Gefahren unserer Lage nicht möglich. Die Regierung mußte diese Kämpfe auf die Reichstagsdebatten verlagern und zeigen, daß sie entschlossen war, noch mehr parteiunabhängig als bislang die sachlichen Aufgaben zu erfüllen. — Nach der Dankerzählung

von deutschnationaler Seite

der Verlust gemacht worden, mit Hilfe einer unverantwortlichen Agitation im Volke das Vertrauen zur Reichsregierung zu erschüttern. Die Tatsachen aber hätten gezeigt, daß das Vertrauen zur Reichsregierung im Volke stärker gewesen sei, obwohl das Maß von Unanständigkeit, mit der diese Kreise agierten, über alles hinausgegangen sei, was seit 40 Jahren an Brunnenerstellung gelehrt worden ist. Der Weg, den die Reichsregierung zur Bekämpfung der Folgen einerschlagen habe, sei der einzig mögliche. Das jetzige Kabinet Brüning habe den Parteiwünschen noch objektiver gegenüber als das vorherige. Es arbeite für die Reichsregierung nur einen Weg: Den Weg der Ergründung sachlich notwendiger Maßnahmen. Sie werde sich durch keine Angriffe bei der Ausführung derselben irgendwie beeinflussen oder gar stören lassen.

Man kann allerdings mit Notverordnungen nicht auf die Dauer so regieren, wie man das in der Öffentlichkeit vielfach glaubt.

Es müssen im Interesse der Gesundung der deutschen Wirtschaft vorwiegend Schritte für Schritt alle Maßnahmen sorgfältig erwogen werden, und deshalb bedeutet der Notverordnungswege durchaus keine Erleichterung für die Reichsregierung bei der Bewältigung dieser Aufgaben. Dazu kommt, daß es heute in Deutschland noch sehr viele Leute gibt — und dazu gehören auch manche Parteiführer —, die offenbar den ganzen ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage noch immer nicht klar erkannt haben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn ein gewisser Teil der deutschen Presse sich etwas mehr mit den wirtschaftlichen Dingen in anderen Ländern im Vergleich zu Deutschland beschäftigen würde. „Statt dessen habe ich festgestellt, daß sogar umgekehrt ein Mitglied der Deutschen Volkspartei in einer ausländischen Zeitung sich bemüht, das Verständnis des Auslandes für die Lage in Deutschland zu erschweren.“ In diesem Zusammenhang erwähnt der Reichskanzler,

daß der Reichstag der Deutschen Volkspartei, den Reichstag im Sommer zusammenzutreten zu lassen, Deutschland an einem einzigen Tage 20 Millionen Mark an Devisen gekostet habe.

Mit erhobener Stimme erklärt er: Wenn die Deutsche Volkspartei es nicht anders wolle, dann könne einmal eine recht gründliche Auseinandersetzung mit ihr stattfinden, aber lieber, so fährt er fort, würde ich es sehen, wenn man sich endlich zu gemeinsamer Arbeit zur Rettung des Vaterlandes zusammenfinden würde.

### Burgfriede in Halle

Aussprache zwischen Professor Dehn und Vertretern der Studentenschaft

Halle, 5. Nov. In der Aussprache, die der Rektor der Universität am Donnerstagvormittag mit drei Professoren und sieben Vertretern der Studentenschaft hatte, ist es zu einer endgültigen Klärung noch nicht gekommen. Es ist vorläufig verabredet worden, am Freitagvormittag 17 Uhr eine Aussprache zwischen Professor Dehn und zehn Vertretern der Studentenschaft zu halten. Den Studenten wird dann Gelegenheit gegeben, Professor Dehn wissenschaftlichen und weltanschaulichen Standpunkt kennenzulernen. Am Anschlag hieran wird eine erweiterte Sitzung stattfinden, in der der Rektor, Professor Kubin, sowie der Dekan der theologischen Fakultät Professor Helmreichmann vor etwa hundert Studentenschafts- und Korporationsvertretern sprechen wird. Es ist vereinbart worden, daß bis dahin von Seiten der Studentenschaft völliger Burgfriede bewahrt wird.

### Odenburg-Januschau mahnt zur Einigkeit

Odenburg, 5. Nov. (Ela. Drahtmeld.) In einer deutschnationalen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete von Odenburg-Januschau über Aufgaben und Ziele der deutschnationalen Bewegung. Der Redner ging dabei auch auf die vielberührte Frage einer „Sunthelie Brüning-Hiller“ ein und erklärte, daß er an eine solche Sunthelie nicht glauben könne. Sie würde zu einer solchen Schädigung der großen nationalsozialistischen Bewegung führen. Es sei eine gefährliche Verkennung der Tatbestände des wirklichen Lebens, wenn man aus der Befähigung, im nationalen Sinne mitreißend auf die Massen zu wirken, ohne weiteres die andere ableite, praktischer Gestalt einer erfolgreichen Politik zu sein. Die nationale Zukunft erfordere, daß die Grenzen klar erkannt werden, die jeder Organisation und Bewegung von Natur gesetzt sind. Die Majorität werde die nationalsozialistische Bewegung nicht allein erreichen können. Wenn die Nationalsozialisten sagten, die Deutschnationalen müßten sich beschreiben, dann hätte er, der Redner, sie, daselbe zu tun. Im Interesse des Kampfes für unser Vaterland, er fürchte, daß, wenn eine so große Bewegung wie die nationalsozialistische sich nicht selbst im Hause hielte, sie die auf sie gelegten Hoffnungen nicht erfüllen würde. Er hoffe, daß die der vaterländischen Bewegung erspart bleibe, und daß die bisherige Bündnispolitik der nationalen Opposition sich zum Heile Deutschlands ändere. Die Deutschnationale Volkspartei stehe stark und geschliffen da. In ihr vereine sich Idealismus und politische Praxis. Die Wende deutscher Not könne nur durch die geeinte Rechte kommen.

### Neuer Ausbruchversuch Scheringers

Berlin, 5. Nov. Der frühere Reichswehrleutnant Scheringer, der sich in Berlin-Waldbi in Ost befindet, hat erneut einen Ausbruch vorbereitet, nachdem er erst vor einiger Zeit, weil er mit einer Angelfischer einen Stab des Witterstetters durchdringt hatte, in eine schwere Falle gebracht worden war. Bei einer Revision der Falle entdeckte man heute vormittag, daß Scheringer ein etwa faustgroßes Loch in die Zellenwand gebohrt hatte, das er, um die Entdeckung zu verhindern, mit Papper und Vrotkrumen ausgefüllt hatte, so daß es sich nicht wesentlich von der übrigen Wand abhob. Die Ueberwachung Scheringers wird nun weiter verschärft werden.

### Erfolgreiche Kabinettswahl in Odenburg

Odenburg, 5. Nov. Im Verlauf der heutigen Landtags-Sitzung wurde seitens der Nationalsozialisten der Abg. Reichstagsabgeordn. Dr. Kochmayer als Ministerpräsident vorgeschlagen. Bei der Abstimmung wurden 25 Stimmen für den Kandidaten abgegeben und 25 weiße Stimm. Da die absolute Mehrheit für die Wahl eines Ministers erforderlich ist, war die Wahl erfolgt. Gegen den Kandidaten stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Kommunisten und der Staatspartei.

Bei Erkältungskrankheiten, bei Schmerzen rheumatischer, schmerzlicher und anderer Art haben sich Tonal-Tabletten hervorragend bewährt. Tonal befreit die Krankeinstelle auf natürlichem Wege. Es ist ein Mittel, das in allen Apotheken, in 1,40 12,5% Lsg., 2,4% Ctbl., 7,5% Adl., 10% Adl., 10% Adl.